

Mag.^a Beate Hartinger-Klein

Bundesministerin

GZ: BMASK-59201/0016-V/A/1/2018

43/4.1

zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Betreff: EU-Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" am 6. und 7. Dezember 2018 in Brüssel

Am 6. und 7. Dezember 2018 fand in Brüssel die 3660. Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit“ statt. Für die Europäische Kommission nahmen Vizepräsident Dombrovskis, Kommissarin Thyssen, Kommissarin Jourová teil sowie für den Tagungsteil zu gesundheitspolitischen Themen am 7. Dezember Kommissar Andriukaitis. Den Vorsitz führte ich.

Die allgemeine Ausrichtung zur Verordnung zur Errichtung einer **Europäischen Arbeitsagentur** (ELA) wurde von der Mehrheit der Mitgliedstaaten angenommen, Ungarn und Schweden stimmten gegen den Text.

Ebenso wurde eine allgemeine Ausrichtung **zur Änderung der Karzinogene-Richtlinie**, dritte Tranche, erzielt. Damit wird die Exposition gegenüber fünf krebserregenden chemischen Stoffen verringert (Cadmium, Beryllium, Arsensäure, Formaldehyd und MOCA) und somit ein weiterer wichtiger Schritt zur Bekämpfung von krebserzeugenden Arbeitsstoffen gesetzt.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Europäisches Semester 2019** stellte die Europäische Kommission den Jahreswachstumsbericht, den Warnmechanismus-Bericht, den Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts und den Entwurf der Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets vor. In der Debatte betonten die Ministerinnen und Minister die Wichtigkeit des Europäischen Semesters in den Bereichen Produktivität, Wohlstand, Lohnungleichheit und inklusivem Wachstum sowie die Förderung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie bestätigten Verbesserungen in der Wirtschaftslage, obwohl sie gleichzeitig auf die Herausforderungen am Arbeitsmarkt, z.B. Segmentierung und Ungleichheiten, verwiesen. Der Rat genehmigte die sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekte des Entwurfs zu den Eurozonenempfehlungen und billigte die gemeinsamen zentralen Botschaften des Beschäftigungsausschusses (EMCO) und des Sozialschutzausschusses (SPC) zu den themenbezogenen Überprüfungen im Digitalisierungszusammenhang. Der Rat billigte auch die zentralen Botschaften des Beschäftigungsausschusses zur Umsetzung der Ratsempfehlung zu Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Sachstandsberichte zum Vorschlag für eine **Verordnung über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)** und zum Vorschlag für eine **Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung** wurden zur Kenntnis genommen.

Die politische Einigung zur **Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige** konnte nach Verhandlungen und unter Stimmenthaltung von Ungarn angenommen werden.

Die Schlussfolgerungen des Rates zu **Geschlechtergleichstellung, junge Menschen und Digitalisierung** wurden mangels der Zustimmung von Ungarn und aufgrund des Prinzips der Einstimmigkeit in Schlussfolgerungen des Vorsitzes umgewandelt. Die Schlussfolgerungen des Vorsitzes wurden von 26 Mitgliedstaaten unterstützt, Polen und Ungarn konnten den Text nicht mittragen.

Im Rahmen der Ratstagung fand ein informeller Austausch beim Mittagessen zum Thema **„Beitrag des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF-plus) zum Konvergenzprozess zur Unterstützung eines fairen Wettbewerbs“** statt.

Unter Punkt Sonstiges informierten Kommissarin Thyssen und ich über den **Dreigliedrigen Sozialgipfel mit den europäischen Sozialpartnerorganisationen**, der am 16. Oktober 2018 in Brüssel abgehalten wurde. Ich informierte zusätzlich über den Stand der aktuellen Gesetzgebungsvorschläge, über die **Ergebnisse der Veranstaltungen des österreichischen Vorsitzes** und die gemeinsame Erklärung zum Thema „Geschlechtergleichstellung als Priorität der Europäischen Union heute und in der Zukunft“.

Kommissarin Jourová und Kommissarin Thyssen informierten über **geplante Tätigkeiten der Kommission** und die **Halbzeitbewertung der Roma-Strategie**. In diesem Zusammenhang informierte der portugiesische Minister über die bevorstehende **Ministertagung im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum**, die im April 2019 in Lissabon stattfinden wird.

Im Bereich Gesundheit nahm der Rat die **Empfehlung des Rates zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten** an.

Zum **Umgang mit Impfskepsis auf EU - und nationaler Ebene** fand ein Meinungs austausch statt. Der Fokus lag auf den Herausforderungen und Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Digitalisierung. Der Rat zeigte ein breites Bekenntnis zur Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene und zur Sicherstellung faktenbasierter Informationen, um Falschmeldungen und Desinformation zu bekämpfen. Es bestand Konsens darüber, die Möglichkeiten der Digitalisierung besser zu nutzen, wie z.B. für die Einrichtung eines europäischen Impfportals und eines europäischen Impfreisters. Die Kommission stellte weiterhin einen europäischen Impf-Gipfel in Aussicht.

Unter Punkt Sonstiges wurde auf den **Fortschrittsbericht zur Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU** verwiesen. Kommissar Andriukaitis berichtete über die **Umsetzung der Richtlinie über gefälschte Arzneimittel** sowie über die Veröffentlichung des **Berichts über den Gesundheitszustand in der EU**.

Ich informierte über die Ergebnisse der vom österreichischen Vorsitz organisierten Konferenzen und die informelle Tagung der Gesundheitsministerinnen und -minister sowie über das Procedere zur Ernennung des **Regionaldirektors der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation**. Weiters wurde über die achte Tagung der Konferenz der Vertragsparteien in Genf, zwischen 1.-6. Oktober 2018 zum Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakkonsums informiert. Die dänischen und der spanischen Delegation informierten über anstehende **Herausforderungen im Medizinprodukte-Sektor**.

Abschließend präsentierte der zukünftige rumänische Vorsitz an beiden Ratstagen sein Arbeitsprogramm für das 1. Halbjahr 2019. Die Tagung nutzte ich außerdem zu mehreren **bilateralen Gesprächen**. So traf ich die rumänischen Amtskollegen Minister Budai und Ministerin Pintea, um mich mit ihnen im Zusammenhang mit ihrem Ratsvorsitz ab Jänner 2019 abzustimmen. Weiters traf ich die belgische Gesundheitsministerin Frau de Block und den bulgarischen Gesundheitsminister Herrn Ananiev.

Ich stelle den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

17. Jänner 2019

Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
Mag.^a Beate Hartinger-Klein